arbeitersöhne. Seitdem „verhandeln" die Gewerkschaften und erweisen ihre Loslösungsberechtigung. Bis jetzt sind den Bergarbeitern Lohnerhöhungen abgelehnt, obwohl man zur Stunde noch „verhandelt".

Mit den Eisenbahnern steht es ähnlich. Diese, die schlechtestgestellten Arbeiter, lassen sich seit Wochen von den Gewerkschaften an der Nase führen. Damit den Proletariern nicht der Geduldsfaden reißt, waren die ganz hohen Gewerkschaftsführer wieder beim Reichskanzler und haben um „fünf Punkte" verhandelt. Das Staatskapital weigert sich Lohnerhöhungen eintreten zu lassen, weil im Dezember eine Preissteigerung nicht eingetreten sei. Während beim Reichskanzler, beim Reichswirtschaftsminister, bei allen Schlichtungsausschüssen und an hundert anderen Stellen verhandelt wurde, lancierte man eine Nachricht in die Presse (durch „groben Vertrauensbruch" natürlich), daß zu den im letzten Jahre aufs Pflaster geworfenen 40 000 Eisenbahnern nochmals 60 000 auf die Straße gesetzt werden sollen „selbst auf die Gefahr hin, mit den Organisationen in Konflikt zu geraten". Der Herr Gröner und das Kapital im allgemeinen, ist sich mit den Gewerkschaften hinter den Kulissen längst einig, daß sie nur zum Schein gegeneinander in „Konflikt geraten". Da man sich der Proletarier doch nicht so ganz sicher ist, ob sie auch gewerkschaftsdisziplinierl gegen sich selbst Technische Nothilfe spielen werden, rüsten Staat und Gewerkschaften die bürgerliche Technische Nothilfe. Sicher ist sicher. Es ist merkwürdig, daß der Staat die Eisenbahntarife um 110—200 Proz. und die Post, die ihrigen um 100 Prozent erhöht hat, trotzdem eine Preissteigerung angeblich nicht eingetreten sei. Ebenso sind die Mieten, Gas, Elektrizität, Straßenbahnen im Preise erhöht.

Auch die Berliner Metallindustriellen haben (schon vor wenigen Tagen) mit der Begründung eine Lohnerhöhung abgelehnt, daß eine Preissteigerung nicht eingetreten sei. Merkwürdigerweise aber hat der DMV. bisher davon nichts durch die Presse verlauten lassen. Die gewerkschaftsfreundliche Presse, die davon unterrichtet ist, hat alle Ursache, die Proletarier nicht zu beunruhigen.

Den Holzarbeitern Groß-Berlins sind durch Schiedsspruch vom 22. Dezember die Löhne für die Zeit vom 17.—30. Dezember und vom 1.—13. Januar um je 20 Prozent „erhöht". Die Löhne der Holzarbeiter betragen vom 17.—30. Dezember 403,80 Mark und vom 1.—13. Januar 471,10 Mark pro Stunde. Die „hohen" Löhne der Holzarbeiter gleichen sich dadurch den anderen immer mehr an. Die Konjunktur schwindet und die Herren Holzindustriellen können sich mit ihrem Schlichtungsausschuß jetzt ebenfalls keine Provokationen leisten.

Die größte Schande

Die größte Schande für einen Bonzen wäre es, wenn ihm nachgewiesen werden könnte, daß er sich irgendwo für einen Proletarier eingesetzt hat, sofern dies gegen die Kapitalsinteressen verstoßen würde. Die „Rote Fahne", der jedes Mittel recht ist den Proletariern die Gewerkschaften schmackhaft zu machen, hatte ihren Lesern vorgelogen, daß die 24 Teilnehmer einer Verbandsbeiratssitzung des Glaserverbandes einschließlich des Verbandsvorstandes 2700 Mark für die hungernden plätzlichen Streikenden gesammelt hätten. Das wäre pro Mann 108 Mark. Darüber aber gerät dieser Verbandsvorstand und sein Beirat in hellen Aufruhr. Er läßt die Filiale Hamburg des Glaserverbandes hierauf der Presse mitteilen: „Dieser Bericht entspricht nicht der Wahrheit, sondern ist direkt erlogen." („Vorwärts" Nr. 611.)

Gott sei Dank: Die Ehre des Gewerkschaftsvorstandes ist nicht durch Solidarität mit gewöhnlichen Proleten beschmutzt!

Aus der Jugendbewegung

KPD. und Staatsanwalt gegen die KAJ.

Zu welchen Zwecken die KPD. die Gewerkschaftsposten erobern will, zeigt ein Vorgang, der gegenwärtig in Suhl in Thüringen auf ihre Veranlassung das bürgerliche Gericht beschäftigt.

Im Jahre 1919 bei „Sozialistische Arbeiter-Jugend" gegründet. Seit dieser Zeit befaß sie einen Schrank. Als sich nach vorausgegangener Spaltung die USP. aus den kaiserlichen Kriegssozialisten gelöst hatte, ging auch die Jugend zur Spaltung. Der gesunde Sinn der jungen Proletarier entschied mit Stimmenmajorität für die „Linke" und schuf sich die „Freie Sozialistische Jugend". Der Schrank verblieb selbstverständlich der Mehrheit. Die SPD., die wohl mit Hilfe der Klassenjustiz und Militärbehörden überall den Proletariern die Zeitungen, Kassen und Mobilien amettierte, ließ den Jungproletariern den Schrank. Später ging die Mehrheit zur KPD.-Jugend und mit ihr der Schrank. Auch die USP. ließ diesen der KJ. Trotz aller Recherchen konnte über den Schrank nie etwas festgestellt werden, als daß er rechtsmäßiges Eigentum der Jugend gewesen sei. Und deshalb verblieb er stets dieser, d. h. der Mehrheit.

Jetzt aber beginnen die „revolutionären" Taten von Moskaus Agenten. Die KJ. empfiehl sich mit Stimmenmehrheit für die „Kommunistische Arbeiter-Jugend" und behielt selbstverständlich wieder den Schrank. Da nun die KPD. „kommunistisch" und „revolutionär" ist, kümmert sie sich natürlich nicht um den Massenwillen der Proletarier; für sie ist die Grundlage ihres „Kommunismus" das bürgerliche Privateigentum, die Verfassung, die „Staatsbürgerrechte" und die Justiz der Bourgeoisie. Die KPD. verlangt den Schrank!! Man verfiche die KPD.-Moral: Der Schrank war durch Stimmenmehrheit aus einer anderen Organisation in die KJ. gelangt. Die KPD. hieß das gut. Jetzt aber, da die Jungproletarier den Rückzug der KPD. zum Kapitalismus nicht mitmachen, gilt für sie die „Masse" nichts mehr. Durch das bürgerliche Gericht, daß sie sehr richtig immer als Klassenjustiz brandmarkt, verlangt sie von der KAJ. den Schrank zurück. Aber mit viel schmutzigeren Methoden, als sie die SPD. je brauchte.

In Suhl hat die KPD. den Metallarbeiter-Verband „erobert". Diese „Eroberung" besteht darin, daß die indifferenten Proletarier in ihrer Verzweiflung KPD.-Männer als Leitung wählten. Niemals hat die Gewerkschaft Anspruch auf den Schrank erhoben. Jetzt aber kommt die KPD. und faßt durch ihre „revolutionäre" DMV.-Leitung das Märchen erfinden, daß der Schrank dem DMV. gehöre! Aber noch mehr: Man hat gegen einen Genossen der KAJ. bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt wegen — Unterschlagung! Der Genosse hatte am 23. November eine Barnehmung und harrt nun der Dinge, wie die KPD. sich durch den Staatsanwalt eine Etappe zur „Arbeiterregierung" erobern läßt.

Man kann wohl begreifen, daß es Proletarier gibt, die aus Mangel an Erkenntnis in Arbeitsgemeinschaft ihrer Organisationen mit dem Kapital auf die „Güte und Milde" der Kapitalisten spekulieren und eine Besserung ihrer Lage dadurch erhoffen. Es können aber nur hohlköpfige Narren sein, die mit den von Moskau angestellten Führern den Weg zurückgelegt haben vom Spartakusbund von der Arbeitsgemeinschaft mit Liebknecht-Luxemburg, bis zur Arbeitsgemeinschaft SPD.- = weiße Justiz. In die Proletarier der KPD., die behaupten Kommunist und Revolutionär zu sein, richten wir die Frage, wie sie sich die Befreiung des Proletariats vorstellen, wenn sie ihr Schicksal diesen Leuten anvertrauen?

Die KAJ. rebelliert

Das Organ der Kommunistischen Arbeiter-Jugend, die „Rote Jugend" schrieb in ihrer Nr. 5, daß „Der Weg der KJ. der Weg in den Sumpf" sei. Darauf schrieb die „Junge Garde", das Organ der KJ., daß sie (die KJ.) lieber den Weg in den Sumpf gehe, als mit der KAJ. zur Höhe! Daß dies aber nur der Wille der von der KPD.-Zentrale im Auftrage Moskaus zur Verhütung der Revolution angestellten Söldner ist, beweist, daß die Jugend der KPD. im ganzen keineswegs gewillt ist, den Weg in den Sumpf mitzumachen. An allen Ecken und Enden rebellieren die Jungproletarier gegen die KPD.-Methoden. Die Herren Führer müssen sich ihre Diäten wirklich schwer verdienen. Alle Hände haben sie voll zu tun, um die Rebellierenden hinauszuwerfen.

In Suhl, wo die KPD. das Gewerkschaftskartell „erobert" hat, gelang es noch den größten Teil der KJ. zu betören. In einer Versammlung (zum Reichs-Betriebsrätekongreß) zog ein Referent gewaltig gegen die KAJ. und KAP. vom Leder. Und zwar mit KPD.-Logik. Wir seien nur ein kleines nichtsfagendes Häufelein. Das sagte er, als es in sein Konzept paßte. An einer anderen Stelle des Konzepts aber paßte etwas anderes hinein. Dann sagte er (wie logisch!), daß wir schuld seien am mitteldeutschen Aufstand, an der Märzaktion und was der grauenvollen Bürgerschrecks mehr waren. Die KPD. wäre nie zur Märzaktion geschritten, wären wir nicht gewesen. Wir seien Putschisten (!) usw. Wie diesen jungen Leuten doch manchmal die Wahrheit entschlüpft, wenn die Gedanken alle sind. Von einigen Putschisten also wurde die sehr große KPD. zur Aktion getrieben. Wie stark das doch ist! Der Herr bestimmte dann einen Delegierten und hieß ihn auch „wählen", als er zum Schluß daran erinnert wurde. Stark ein Drittel war gegen diese Methode des „Kampfes".

In Goldlauter fiel die KPD. bei ihrer eigenen Jugend aber ab. Diese Jungproletarier wollen nicht den Weg in den Sumpf gehen und wehrten sich gegen den Betriebsrätekschwindel und stimmte gegen den Kongreß und die ganze Mache. Vielmehr ersuchten sie uns, ihnen den Weg der KAJ. zu erklären. Das geschah auch in einer Versammlung und die Genossen der KJ. erklärten sich mit uns vollkommen einverstanden. Auf der dann bald darauf stattgefundenen Generalversammlung mit der Tagesordnung, Wahl der Ortsgruppenleitung, kam es zur Auseinandersetzung mit der amtlichen Meinung, und etwa 10 Genossen kamen zur KAJ.

Die Jungproletarier erwachen. Um die Schäfchen hübsch im Schlaf zu halten, hat sich die KPD. aus der Oeffentlichkeit verdrückt und feiert mit ihrer Jugend im Hinterstübchen. Am 17. November war nämlich in Suhl wieder eine Jugendversammlung angesagt. Wir zogen wieder hin, um den Jugendgenossen die Wahrheit zu sagen. Nach Betreten des Saales redete man uns vor, die Versammlung sei schon beendet (um 8 Uhr!). Wie wir aber später erfuhren, hat sie erst um 9 Uhr angefangen. Selbstverständlich bei verschlossenen Türen. — Mutig zieht der Tapfre sich zurück!

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Sonntag, den 7. Januar 1923, abends 7 Uhr, im Jugendheim Wallstraße 76, findet für die Mitglieder der KJ. eine **Januar-Gedenkfeier** statt. Alle Genossen müssen erscheinen. Sympathisierende können eingeführt werden.

Montag, den 8. Januar 1923: Oeffentliche Jugendversammlung in Fürstenwalde. Die Berliner Genossen müssen sich zahlreich beteiligen. Abfahrt des Zuges wird Sonntag, den 7. Januar auf der Gedenkfeier bekanntgegeben.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Gedenkfeier für die politischen Gefangenen

Sonntag, den 14. Januar 1923
in der Stadthalle, Klosterstraße

Anfang pünktlich 6 Uhr abends. — Eintritt 100 Mark. — Programme und Liederteste am Eingang des Saales. — Eintrittskarten sind bei den Bezirks-Führern und im Verlag der KAPD., Landsberger Straße 6, gegen sofortige Bezahlung, vom 1. Januar ab nur noch im Verlag erhältlich.

An alle Gruppen der Kommun. Arbeiter-Jugend

Genossen!

Die weiteren Preissteigerungen bedrohen auch die Existenz der „Roten Jugend". Die „Rote Jugend" wird und muß jedoch auch im neuen Jahr der revolutionären Bewegung erhalten bleiben, da für ist jeder Genosse der KAJ. mitverantwortlich. Als tätige Glieder einer großen kommunistischen Gemeinschaft sind alle Genossen verpflichtet, nach ihren Kräften das Geld für die „Rote Jugend" zur Verfügung zu stellen. Für die Herausgabe der nächsten Nummer wird noch sehr viel Geld benötigt. Sämtliche Gruppen haben sofort alle Zeitungen und Sammellisten abzurechnen. Aber auch dieses Geld reicht noch nicht aus. Genossen, erhebt Umlagen oder Extrabeiträge, laßt die „Rote Zeitungskommune" Zeit werden. Sendet sofort das Geld. Handelt als Revolutionäre!

Verlag „Rote Jugend".

Mitteilungen

Mitarbeiter und Berichterstatter!

Manuskripte und Berichte sind nur an die Pressekommission zu leiten. Aus dem Reich über den RKM. und aus Berlin durch die Ortsleitung. An die Druckerei gerichtete Berichte laufen immer Gefahr, in der nächsten Nummer nicht mehr zu erscheinen. Berichte an die Presse sind stets auf einem besonderen Bogen mit Tinte geschrieben und korrekturrand versehen, zu halten. Versammlungsanzeigen und kleine Mitteilungen können noch gebracht werden, wenn sie bis Dienstag abend im Besitz des Redakt. sind. Diese letzteren können auch, wenn eine schnellere Verbindung nicht mehr möglich ist, in der Druckerei abgegeben werden. Andere Sachen müssen dagegen früher im Besitz der Pressekommission sein.

Die Pressekommission.

Abrechnung

Es gingen folgende Gelder ein für Solidarität Ludwigshafen vom 6. —31. Dezember 1922: Lohr i. Bayern 300 Mk., Berlin 120 000 Mk., Halle 2500 Mk., Braunschweig 2400 Mk., Firma Rohbach 1610 Mk., Groß-Berlin 17 000 Mk., dto. 17 000, Granzow, Gaswerk, 3933 Mk., Leipzig-Lindenau 800 Mk., Delligsen 20 000 Mark, Lohr 300 Mk., Düsseldorf 8000 Mk., Groß-Berlin 111 935 Mark, Braunschweig 6000 Mk., Delligsen 16 000 Mk., Groß-Berlin 94 055 Mk., Radebeul 3600 Mk., Magdeburg 12 000 Mk., dto. 5000 Mk., Hamburg 1200 Mk., Halle 3600 Mk., Hohenstein-Ernstthal 4000 Mk., Delligsen 20 000 Mk., Zittau 1600 Mk., Meißen 4500 Mk., Chemnitz 2470 Mk., Glashütter 10 000 Mk., Halle 5100 Mark, Delligsen 16 000 Mk., Amsterdam 2000 Mk., Delligsen 20 000 Mark, Berlin 600 000 Mk., Nietleben 16 300 Mk., Zittau 4400 Mk., Magdeburg 3840 Mk., dto. 5000 Mk., Ebersmalde 7600 Mk., Gr.-Salza 1200 Mk., Friedrichsort 4400 Mk., Groß-Berlin 202 000 Mk.,

Abgesandt nach Ludwigshafen am 11. Dezember 120 000 Mk., 13. Dezember 40 000 Mk., 14. Dezember 40 000 Mk., 17. Dezember 111 935 Mk. (Kurier), 20. Dezember 120 000 Mk., 23. Dezember 650 000 Mk. (Kurier), 30. Dezember 60 000 Mk., 30. Dezember 200 000 Mk., Summa 1 341 935 Mk. Bestand für Januar 37 008 Mark.

*

Für Solidarität Ludwigshafen vom 25. Dezember 1922 bis 2. Januar 1923 gingen ein: Meißen 4500 Mk., Chemnitz 2470 Mk., Goldlauter 10 600 Mk., Halle 5100 Mk., Delligsen 16 000 Mk., Amsterdam 2000 Mk., Delligsen 20 000 Mk., Nietleben 16 300 Mk., Zittau 4400 Mk. (zweite Rate), Magdeburg auf Liste 180 2600 Mk., Liste 183 1100 Mk., Liste 184 140 Mk., von der Magdeburger Werkzeug-Maschinenfabr., von der Werkzeugfabr. G. Reit (Umf. 50 000 Mk., Ebensmalde 7600 Mk., Groß-Salza 1200 Mk., Friedrichsort 4400 Mk., Groß-Berlin 202 000 Mk., Meißen 4500 Mk., Giersleben 1250 Mk.

An Pflichtbeiträgen gingen ein: 28. Dezember für Umf. (Broschüre) 225 Mk.

Für Zeitung gingen ein vom 25. Dezember 1922 bis 2. Januar 1923: Amsterdam 500 Mk., Hennbach 3010 Mk., Leipzig-Lindenau 975 Mk. (für 48 und 49), Elbing 100 Mk., Nietleben 1280 Mk., Essen 640 Mk. (für Novemberlieferung), Meißen 1000 Mk., Gerhausen 500 Mk. (für Dezemberlieferung).

*

Gesammelte Gelder auf Listen, Groß-Berlin für Ludwigshafen: 2. Bezirk: Liste 133 4030 Mk., 6. Bezirk: Privat Liste 340 Mk., 8. Bezirk: Magazinkolonne der Berliner Viktoria-Mühle 95 3000 Mk., Wiener Modellhaus Liste 98 8030 Mk., Liste 2100 Mk., Liste 97 5000 Mk., Liste 94 100 Mk., 9. Bezirk: Liste Betrieb Kaffee-Wörz 1150 Mk., 13. Bezirk: Liste 123 v. Karl 11 000 Mk., Liste 116 v. W. Schmidt 600 Mk., Budenonkel Mückebrücke 1000 Mk., Betrieb Doram durch Dbm. Dunkel 1920 Mk., Betrieb Zwietusch durch Janke 2375 Mk., Gen. Popp 1500 Mk. 16. Bezirk: Knorrbremse 186 Mk., Gen. Kopp 500 Mk., vom Betrieb (ein sympathisierender Gen.) 150 Mk., Summa 13 851 Mk.

Aus „Kampfruf" Nr. 50 ist folgendes richtig zu stellen: Hohenneuendorf S.-M. 53 zu 500, S.-M. zu 200 5 Stück, Nr. 129 muß heißen **21. Bezirk.**

*

Vom 24. Dezember 1922 bis 1. Januar 1923 S.-Marken 500 Mk. von Groß-Berlin für Ludwigshafen: 2. Bezirk 49 S.-M., 24 500 Mk., 4. Bezirk 56 S.-Marken 28 000 Mk., 6. Bezirk 42 S.-M., 21 000 Mk., 7. Bezirk 16. S.-Marken 8000 Mk., 8. Bezirk 41 S.-M., 20 500 Mk., 9. Bezirk 44 S.-Marken 44 000 Mk., 13. Bezirk 74 S.-Marken 37 000 Mk., 16. Bezirk 44 S.-Marken 22 000 Mk., 17. Bezirk 45 S.-Marken 22 500 Mk., 16. Bezirk von IGA. auf 8 S.-M., 12 000 Mk., Summa: 411 Stück gleich 239 500 Mark.

Vom 24. Dezember 1922 bis 1. Januar 1923 S.-Marken 200 Mk. von Groß-Berlin für Ludwigshafen: 2. Bezirk 8 S.-M., 1600 Mk., 4. Bezirk 15 S.-Marken 3000 Mk., 6. Bezirk 2 S.-Marken 400 Mk., 8. Bezirk 3 S.-Marken 600 Mk., 9. Bezirk 5 S.-M., 1000 Mk., 13. Bezirk 44 S.-Marken 8800 Mk., 16. Bezirk 7 S.-M., 1400 Mk., Rathenow 6 S.-Marken 1300 Mk., Summa 90 Stück gleich 18 100 Mk.

*

Frankfurt a. M. Auf Grund Solidaritätsverweigerung wurden 20 Mitglieder ausgeschlossen. **G., Schriftführer.**

*

Folgende Gelder sind noch nachzutragen: Für Zeitung für November: Halle 3200 Mk., für Ludwigshafen 5800 Mk., von Genossen für Solidarität Ludwigshafen 2670 Mk.

*

Von Leipzig Rest für „Kampfruf" 25 Mk. **RM.**

*

Rheinland-Westfalen.

An Solidaritätsgelder für Ludwigshafen von den Ortsgruppen Köln 5000 Mk., Düsseldorf 15000 Mk., Ronsdorf 3000 Mk., Barmen 2200 Mk., Benrath 20 000 Mk., dto. 20 000 Mk., Dortmund 6000 Mk., Nachrodt 3000 Mk., Velbert 5200 Mk., Huckingen 1000 Mark, Ohligs 10 000 Mk., Herne 2000 Mk., Bismsdorf 1600 Mk., Essen (Uml.-Vorschuß) 15 300 Mk., dto. (Essen-Vorsch.) 10 000 Mk. Mann u. Steinhoff Barmen 2550, Liste Nr. 52 1420 Mk., 124 270 Mk.

Abgesandt an: Reichsarbeitsausschuß 8000 Mk., Ludwigshafen 20. Dezember 60 000 Mk., dto. 27. Dezember 60 000 Mk., 128 000 Mk.

Wir fordern nochmals alle Ortsgruppen auf, ihre Solidarität vollständig abzuführen. Hauptsächlich müssen die Ortsgruppen, die nichts abgeliefert haben, sofort die Umlage einsenden.

Die Umlage war: Vom 3. bis 17. Dezember pro Mitglied und Woche 200 Mk., ab 17. Dezember pro Woche 500 Mk.

Bezirksarbeitsausschuß.

*

Mitteldeutschland.

An Zuschuß für Maßregelung abgeführt: Hohenstein-Ernstthal 2000 Mk., Halle 1300 Mk., Chemnitz 5353 Mk., Sa.: 8653 Mk.

*

AGB.-Genossen.

Die Genossen der Betriebsorganisationen der Werke Bolta-, Brunen-, Grünthaler- und Schlegelstraße **treffen sich künftig im Lokal Kuffiienstraße 35** jeden Freitag, nachmittag 4 Uhr. Die Genossen werden ersucht, Sympathisierende einzubringen und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

*

Leipzig.

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, im Volkshaus. Anmeldebescheinigungen daselbst, sowie bei Erich Baumann, Leipzig-Lindenau, Aurelienstraße 19, 3.

*

Quittung.

Auf Presse-Fondslisten für den „Kampfruf" gingen ein: Nov. 1922 auf Nr. 67 Mk. 380,50, Nr. 5 Mk. 330, Nr. 11 Mk. 1000, Nr. 8 Mk. 191, Nr. 10 Mk. 331, Nr. 17 Mk. 140,50, Nr. 31 Mk. 1000, Nr. 36 Mk. 25, Nr. 41 Mk. 50, Nr. 51 Mk. 550, Nr. 53 Mk. 1000, Nr. 56 Mk. 271, Nr. 58 Mk. 105, Nr. 80 Mk. 315, Nr. 81 Mk. 1000, Nr. 82 Mk. 60, Nr. 83 Mk. 70, Nr. 84 Mk. 100, Nr. 86 Mk. 500, Königsberg Mk. 200; im Dezember 1922 auf Nr. 9 Mk. 85, Nr. 18 Mk. 88, Nr. 96 Mk. 28, Nr. 97 Mk. 42, Nr. 98 Mk. 55, Nr. 99 Mk. 140, Nr. 100 Mk. 373, Nr. 103 Mk. 1160.

VRM.: Berl. Bezirksleitg. Dresdner Bank Mk. 2080, Stelle Zwietusch (Eisenbetonbau) Mk. 4015, E. Hagift Mk. 5000, Sch. Mk. 1000, Pösler, Rüttingen, Liste 4460, Mk. 5000, Genosse Mk. 100, Dinos-Werke, Liste 4308, Mk. 800, Kärcher-Straßau Mk. 3000, Gen. Kurz, Mk. 100, Fa. Abremo, Mk. 4635, Karl Linke, Liste 4214, Mk. 1500, Karl Linke, Liste Mk. 550.

*

Charlottenburg.

Das Lokal des 13. Bezirks für Mitglieder-Versammlung und Funktionärsitzungen ist künftig bei Busack, Krummestraße 54.

*

BD. Schering.

Am Montag, den 8. Januar, nach Arbeitsschluß, Versammlung bei Barsch, Tegelerweg. Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

Verantwortl. Redakteur: W. Granzow, Charlottenburg. Verlag der Allg. Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: Schubert, Charlottenburg. Druck: Karl Berg, Berlin S 42, Oranienstraße 160.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 4. Nr. 1. 2. Ausgabe — Erscheint wöchentlich zweimal. — Preis 50,— Mark

Auf der Suche nach moralischen Eroberungen

Das deutsche Kapital hat eine Aktion zur Hebung seines zweifelhaft gewordenen guten Rufes für notwendig gefunden. Es mußte dies tun, weil das Mißtrauen der alten Tanten gegen seine Wohlanständigkeit schon zu groß geworden war. Als junge Demokratie hatte es noch nicht genügend Furcht vor dem Ideal des Pazifismus, in dessen Namen die westlichen Demokratien ihren Eroberungskampf gegen das deutsche Kapital geführt hatten, gezeigt. Es wollte deshalb vor aller Welt ein Keuschheitsgelübde ablegen. Es erklärte deshalb feierlich, daß es dem Imperialismus auf ein Menschenalter entsagen wollte. Das Kloster, welches es deshalb aufsuchen wollte, hatte keine strengen Ordensregeln, wie man sie doch nach der nicht ganz einwandfreien Vergangenheit erwarten durfte. Die Bedingungen, welche man der himmlischen Braut, dem französischen Kapital, stellte, waren so kaufschikanös, daß der Novize ihnen ohne große Gewissensbisse zuwiderhandeln konnte. Der keusche Augenaufschlag hat aber die alten Tanten nicht übergezogen können. Ein untauglicher Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt löste nur ein Hohngelächter aus. Man kann sogar annehmen, daß der Dümmste der deutschen Spießer darüber darauf nicht reingefallen ist. So einen Siedermann wie dies Angebot für wirksam halten könnte, kann man selbst deutschen Tiergarten nicht aufreiden. Man hat sich eben deutsch in Unkosten gestürzt. Es ist nur schade um die Ausgabe gewesen.

Die schöne Geste des deutschen Gottesfriedens sollte die Einleitung zur Pariser Konferenz sein. Das internationale Kapital, und selbst die deutsche kapitalistische Presse ist zur Tagesordnung übergegangen. Die Entscheidung, welche in Paris gefällt wird, ist von einer solchen ungeheuren Bedeutung, daß dem deutschen Kapital schier der Atem verschlägt. Am tiefsten getroffen ist das Kleinbürgertum. Die größte Aufregung herrscht innerhalb der Sozialdemokratie. Der Revanchemarsch schlägt die nationalistischsten Töne an. Er erwartet alle Möglichkeiten durch die die Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft auf Grund der drei verschiedenen der Konferenz vorliegenden Pläne garantiert sein würde und kommt zu dem Resultat, daß bei den bestehenden Gegensätzen nur eine einzige Hoffnung bleibt, daß die Endlösung ohne allzu schwere Krise zustande vertagt wird bis auch Frankreich für den Krieg geworben ist". Die Reise besteht darin, daß das französische Kapital „noch einmal wirtschaftliche Vernunft und Gesetzlichkeit" annimmt. Gleichzeitig stellt er aber fest, daß das heutige Frankreich" überhaupt keine wirtschaftliche Leitung, sondern politische Macht gewinnen will. Er sieht nicht, daß es zu einer Zerschlagung der deutschen Wirtschaft kommen wird. Trotz keines ausgesprochenen Pazifismus bezeigt er sich zu der Bemerkung, daß ein eigennütziges Vorgehen Frankreichs „völkerrechtlich als Friedensbruch und grobe Gewalthandlung zu bewerten sei und in dem unwahrscheinlichen Fall, daß von dem Rechtsgrundsatz: Gewalt geht vor Recht zurückgewiesen werden, zunächst von keiner Seite Gebrauch gemacht werden würde". Die Angst vor dem Zusammenbruch, läßt ihn sogar zu kriegerischen Drohungen greifen. Der Appell an die wirtschaftliche Vernunft und Gesetzlichkeit mutet einem Marxisten ganz sonderbar an, da man doch wissen sollte, daß beim Kapital der Profit die einzige Richtschnur der Vernunft ist. Die ganze stumpfe Hoffnung ist in dieser Stellungnahme der Sozialdemokratie aus. Das deutschen Proletariat wird das Messer an die Gurgel gesetzt. Die Antwort darauf ist hündische Ergebung in das Kapital diktierte Schicksal. Irgendeine Kraft zum Kampf ist nicht vorhanden. Das Kleinbürgertum kann gar nicht mehr, als seine Feigheit immer wieder zu dokumentieren. Politik der geballten Faust in der Tasche. Es magt nicht zu denken, daß das deutsche Kapital seinen Willen aufzuzwingen seiner Tendenz zur Auflösung der deutschen Wirtschaft entgegenzuarbeiten.

Das deutsche Kapital selbst aber läßt ganz ruhig den Tarten die Entscheidung. Einen Druck nach irgendeiner Richtung übt es wie in früheren Fällen gar nicht aus. Es ergreift keine Maßnahmen getroffen. Es begeistert sich nicht mal für den englischen Plan, durch den ihm wenigstens gewisse Selbständigkeit gesichert werden soll. Es hat schon endgültig von der deutschen Wirtschaft losgelöst und bietet die politische Umsetzung dieser wirtschaftlichen Tatsache. Es weiß, daß sich dieser Prozeß infolge des engen Widerstandes verhältnismäßig langsam vollziehen wird. Es weiß aber auch, daß gegen die Auflösung kein Mittel gewachsen ist. Es mischt sich auch nicht in den Kampf zwischen den englischen und französischen Kapitalismus. Es sieht nach beiden Seiten gesichert, sowohl für den Fall, daß der Niedergang in die französische Wirtschaft schnell als auch, daß er langsam vor sich geht. Seine Rettung in die hohe Valuta ermöglicht ihm beides. Es fürchtet einen langsamen Prozeß bedeutend mehr, weil er notwendigerweise mit dem Versuch einer Stabilisierung der Mark verbunden wäre und dies eine ungeheure Katastrophe des deutschen Binnenmarktes hervorrufen würde. Diese Krise könnte zu einem ganz erheblichen Kapitalsverlust führen. Das deutsche Kapital will so früh als irgend möglich Gewißheit haben und vor allen Dingen die notwendige kritische Periode so schnell als möglich hinter sich bringen. Es hat sich ausgerechnet, daß jede Konjunktur auf Grund der Markentwertung, notwendigerweise zu einer Verringerung der Schuldbestanz führt. Es macht seine Bilanzen schon jetzt in Goldmark. Wenn es bisher auf die Beschäftigung einen so entscheidenden Wert gelegt hat, so war dies hauptsächlich auf seine Furcht vor einer durch die Arbeitslosigkeit einsetzenden revolutionären Entwicklung. Nachdem endlich mit Hilfe der Gewerkschaften die Ruhe und Ordnung gesichert und das Proletariat in die Arbeitsgemeinschaft hineingemachen war, konnten die rücksichtslos vom Proletariat diktierten Pläne zur Ausführung gebracht werden. Das Opfer an Sachfestbestand mußte einmal wettgemacht und dann auch die weitere Zukunft gesichert werden. Das deutsche Problem erwies sich mit der Zeit als unrentabel, die deutsche Arbeiterschaft nicht mehr als ausschlaggebende Profitbasis. Es wurde dadurch ein Frontwechsel notwendig. Dieser vollzieht sich jetzt. Auf seine Form hat das deutsche Kapital verhältnismäßig Einfluß. Es ist ihm deshalb der von Frankreich gegebene Ruf „Wie lange noch?" nicht gleichgültig.

Wie lange noch?

London, 4. Januar.

Reuter meldet: Die Pariser Konferenz ist abgebrochen worden, ohne daß eine Verständigung erzielt worden wäre.

Es tut wenig zur Sache, wieviel „Aufbaukonferenzen" schon mit einem ähnlichen Resultat endeten. Mit dem Bruch der jetzigen Konferenz ist jedoch vor aller Welt der Bankrott des Kapitals aufgedeckt. Wir sagen: von aller Welt. Denn der einzige Weg, der selbst von den unbelehrbarsten Optimisten als Weg der „Lösung" aufgezeigt werden kann — und allerdings auch aufgezeigt wird — ist doch nur der, den Kreislauf von neuem zu beginnen, in der Erwartung, daß irgendein Wunder geschehen könnte. Ob man diesen Optimismus nicht besser verzweifelte Hoffnungslosigkeit nennen sollte, ist allerdings eine andere Frage. Träger dieses Geistes sind allerdings nur solche Schachfiguren, in denen sich der blaue Dunst, die Illusionen, der augenverblendende Nebel kristallisiert, der über dem wirklichen weltgeschichtlichen Geschehen gelagert ist. Träger dieses Geistes sind jene Stabilisten, die in ihrem realtionären Beharrungsvermögen zu blindem Werkzeugen und damit allerdings zu Nutznießern der in ihrem Profitinteresse benutzt zerstörenden Elemente werden. Die brutale und mittleidslose Sprache der Tatsachen sagt auch dem Blindesten, daß es kein Halten mehr geben kann. Daß es vielmehr darauf ankommt, entweder auf dem alles niederstampfenden und verderbenbringenden Ungeheuer seinen Platz zu behaupten und als Maschinist dieses menschenfressenden Molochs sein für das Proletariat verderbenbringendes Handwerk auszuüben, oder abzuspringen und mit Aufbietung aller Kräfte den Kampf aufzunehmen.

Die letzte Konferenz, die schon einmal mit demselben Resultat endete, vermochte noch nicht einmal mehr Illusionen hervorzurufen. Der deutsche Kanzler lockte mit seiner Rede noch nicht einmal mehr eine Maus hinter der Märe hervor, was doch wirklich bis jetzt kein Kunststück war. Man wartete ab, und wußte schon was kommen würde. Nach dem kurzen Aufweiberkommer, den die Anleihefrage für die deutschen kleinbürgerlichsten aller Kleinbürger noch einmal hervorzaubern vermochte, flog das Börsenthermometer wieder auf seinen alten Kurs. Hier zu ermartende Bruch in Paris hat ihn jetzt wieder einen neuen Ruck gegeben. Der Kapitalismus vermag vorderhand auch kein Hindernis mehr dagegen aufzurichten. Die Hindernisse befanden bis Dato schon nur in Illusionen. Aber selbst zur Züchtung von Illusionen sind vorderhand keine Möglichkeiten mehr vorhanden.

Die neue Aera, die nun eintritt in der Gesamtentwicklung wird meistens mit der Frage eingeleitet: Was sollen wir" denn nun eigentlich beginnen? Wenn das Proletariat endlich einmal das „wir" hinwegfassen und fragen würde, was muß das Kapital tun, um sich zu retten, so wären „wir" schon einen bedeutenden Schritt weiter. Dem Kapital sitzt der Dolch im Genick, und es geht keinen einzigen gangbaren Weg, der ihm vorgezeichnet ist. Und die Folgen für das Proletariat liegen in der Konsequenz der kapitalistischen Politik. Hier gibt es kein Wollen. Hier gibt es nur ein Müssen oder ein Wollen und nicht können; ein „Wollen" gegen Windmühlenflügel.

Der „sprengende" Punkt ist die Vorherrschaft über die Kohle und Eisen auf dem europäischen Kontinent. Der französische Imperialismus genügt sich eben selbst. Der drohende Bankrott aller europäischen Staaten zwingt jedem einzelnen zum Rettungsversuch. Und wer die Hypothek nicht bezahlen kann, dem wird das Haus verkauft. Es ist eben unmöglich, das Verschuldungsproblem im kapitalistischen Sinne zu lösen, denn die ins Wahnsinnige steigende Schuldenzahlen künden den fortschreitenden Zerfall. Und trotzdem bestehen diese Schulden zu „Recht", denn sie sind durch Macht entschieden und die jeweiligen Machtverhältnisse sind eben der einzige Regulator. Und ein Kapitalismus, der auf seine Macht verzichtet, verzichtet auf sich selbst. Allerdings kann man dies auch „wollen", man kann ja so vieles „wollen". Der Gebrauch dieser Macht gegen den Konkurrenten jedoch bedeutet Krieg. Und Krieg bedeutet nicht „Aufbau", sondern Fortsetzung des jetzigen „Aufbaues" mit anderen Mitteln. Ein Krieg ist nicht gut möglich, er enthüllte den Bankrott noch brutaler und stößt auf Widerstand bei den Arbeitermassen. Das Kapital stellt sich auch hier „auf den Boden der gegebenen Tatsachen".

Das englische Kapital, das dem Verlangen

als befriedigend gegen 4,5 Prozent; als schlecht wird über 26 Proz. gegenüber 20 Prozent im Normonat berichtet. Der Bericht bezieht sich auf den Monat Januar. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegen den Normonat verdoppelt, trotzdem in großem Maßstabe kurz gearbeitet wird. Besonders hervorzuheben ist, daß sich die Nahrungsmittelindustrie andauernd verschlechtert.

Der Bauarbeiterverband meldet 68 355 oder 12,41 Prozent der erfaßten Mitgliedschaft als arbeitslos. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband 5132; im Januar hat der Verband 3589 Mitglieder verloren. Der größte Teil dürfte ebenfalls auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein. Der Textilarbeiterverband zählt 23 070 vollerwerbslose und 279 002 kurzarbeitende Mitglieder; zusammen sind das 43 Prozent der Mitgliedschaft. Der Buchdruckerverband zählt 8 Prozent arbeitslose Mitglieder. Die „Amtliche Wochenchronik" veröffentlicht eine Statistik über die Geburten und Sterbefälle der deutschen Städte über 100 000 Einwohner. Die Geburtenzahl (einschließlich Totgeborene) ist von 302 434 im Jahre 1921 auf 285 681 im Jahre 1922, also um 16 753, zurückgegangen. Sie beträgt nur noch 17,1 auf tausend Lebende gegen 20,1 im Vorjahre. Die absolute Sterblichkeit ist von 189 804 im Jahre 1921 auf 219 680, also um 29 876 im Jahre 1922 gestiegen. Auf 1000 Einwohner umgerechnet beträgt sie 13,4, ist also so hoch, wie schon seit langem nicht mehr. Der Geburtenüberschuß, das heißt, das Ueberwiegen der Geburten über die Sterbefälle, beträgt nur noch 66 000 gegenüber 112 690 im Vorjahre. Er ist also auf fast die Hälfte herabgesunken! Die Auswirkungen der Gegenwart aber machen sich erst später bemerkbar.

Beim Berliner Wohnungsamt sind 160 000 Wohnungslose gemeldet. Die Zahl der Nichtgemeldeten dürfte ebenfalls größer sein. Die Mehrheit auf dem Wohnungsamt ist höchstens ein Sport für wenig Beschäftigte. — Dem kleinen Prozentsatz Erwerbslosen, dem Unterstützung gezahlt wird, ist diese auf 1500 Mark pro Tag, 700 Mark für die Frau und 600 Mark für das Kind „erhöht" worden.

Der morsche Bau der demokratischen Republik kracht in allen Fugen. Arbeitslosigkeit, Krankheiten und Hungersterben nehmen schreckenerregende Dimensionen an. Aus dem Elend werden unerhörte Profite gemünzt und die Proletarier treiben Raubbau mit ihrer Kraft und Gesundheit und verkrechen sich feige in der Hoffnung, daß sie sich noch einige Zeit durchhangeln können, ehe es ans Krepieren geht. Vermerflicher und verbrecherischer als die Ausbeuter, die Gold aus dem Mark und Blut der Proletarier von „Rechts wegen" münzen, ist das Gesichtsmieß von Parasiten und Tagedieben, die dem Proletariat vorgaukeln, daß es seine Lage im Kapitalismus verbessern kann; jene Bande politischer Hochstapler, die den Proletariern immer vorrechnen, daß da und dort eine Gruppe durch „Kampf" ihre Stundenlöhne um 200 oder 300 Mark über andere Gruppen „erhöht" haben. Die zum „Kampf" aufrufen um 100 000 Mark „Entschädigungssumme" oder um 50 Zentner Kohlen und 5 Zentner Kartoffeln. Alles Machtzen, das Proletariat auseinander zu reißen, es in der Illusion zu erhalten, daß dadurch seine Lage gebessert werden könne.

Wenn es hie und da einer Arbeitergruppe gelingt, einige hundert Mark Stundenlohn mehr zu erringen wie andere Gruppen, so geschieht das, weil diese Kategorie eine bessere Konjunktur hat. Außerdem ist ihnen damit gar nicht gedient. Die „Vorderingen" aber sind bewußte konterrevolutionäre Aktionen. Sie können im Kapitalismus nicht erfüllt werden. Würde die Geldforderung von 100 000 Mark allen Proletariern bewilligt werden, wäre das ein Schlag gegen die Arbeiterklasse. Die Auszahlung dieser Summen würde eine derartige Notenflut erfordern, daß die Mark mit einem Schlage wertlos würde. Bevor die Proletarier mit dem Gelde zum Kaufen kämen, wären infolge der Markentwertung die Preise so in die Höhe geschnellt, daß die Proletarier mit dem ausgezahlten Wochenlohn und den 100 000 Mark zusammen weniger kaufen könnten, als mit dem Wochenlohn ohne die 100 000 Mark. Abgesehen von der technischen Undurchführbarkeit. Es gibt nicht genügend für den Banknotendruck eingerichtete Druckereien, den täglichen Bedarf an Noten herzustellen. Gelänge es, mußten es große Noten, vielleicht zu 100 000 Mark, sein. Angenommen, die Waren blieben stabil; es müßte jeder für 100 000 Mark Ware zu kaufen haben. Im Nu wären die Bestände ausverkauft und die meisten Proletarier saßen mit ihrem 100 000-Mark-Schein auf dem Trockenen. Hungersnot wäre die Folge. Die demokratische Republik hat heute fast drei Billionen Notenumlauf. Die Auszahlung von 100 000 Mark an 20 Millionen Proletarier würde 20 Millionen mal 100 000 oder nochmals 2 Billionen Mark erfordern! Seit dem Abenteuer an der Ruhr hat die Demokratie rund eine Billion Noten gedruckt. Schon diese Summe hat die Mark um den größten Teil ihres „Wertes" und die Proletarier um ihren Reallohn gebracht. Die Auswirkungen aber werden erst beginnen, wenn die Proletarier für die Zinsen der gepumpten Goldmillionen schuften müssen. Aber schon an dem, was jetzt in Erscheinung tritt, können die Proletarier sehen, daß diese „Forderungen" das Werk politischer Jongleure ist, die im Auftrage der Konterrevolution arbeiten.

Es gibt keine Rettung im Kapitalismus, es gibt kein Ausweichen vor dem, was kommt. Das Proletariat muß in Hunger und Schmutz verkommen, oder es muß sich auf seine Kraft besinnen. Es muß die Gewerkschaften zertrümmern und die parlamentarischen Parteien, um sich seiner „Führer" zu entledigen. Um sich in den Betrieben zusammenzuschließen zur Klassenfront, zur Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Gewerkschaftliche Rundschau

Entlappte Fälscher

Also es gilt den klassenbewußten Proletariern eins auszuwischen, die den gewerkschaftlichen Sumpf durchsuchen, ist den Gewerkschaften und ihren Handlangern, SPD. und KPD., keine Gemeinheit zu schofel. In Nr. 8 des „Kampfruf" brachten wir ein Flugblatt, das in Nr. 89 des „Vorwärts" vom 10. Februar veröffentlicht war und als ein „vertraulich" bezeichnetes „Rundschreiben", von einem angeblichen „Deutschen Arbeitsbeirat für Industrie, Gewerbe, Handwerk, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr" unterm 21. Januar 1923 „an die Herren Geschäftsführer der örtlichen Arbeitsgemeinschaften" verfaßt worden sein sollte. Die Tendenz dieses Machwerks lief darauf hinaus, diejenigen, die gegen den Verrat der Gewerkschaften Sturm laufen, als von den Unternehmern bezahlte Angeber zu brandmarken. Die „Rote Fahne" druckte das mit Wollust nach. Dieses Lumpenwerk war darauf zugeschnitten, gegen die KAU. ausgemünzt zu werden. Wir bezeichneten es als ein durchsichtiges Machwerk der Spitzenbürokrate des ADGB., um den Proletariern zu zeigen, daß die Unternehmer gegen die Gewerkschaften sind, und daß die Gewerkschaften noch „Kampfloos" haben sollten. Die Sache war zu dumm und durchsichtig, daß nur ganz verblödete Proletarier darauf hinfallen konnten. Bei diesen aber konnte es auch den Anschein erwecken, als kämpfen die Gewerkschaften gegen die Unternehmer. Aus diesem Grunde wendete sich die Unternehmerpresse dagegen, obwohl ihr sonst jedes Mittel recht ist, die Proletarier in den Gewerkschaften zu halten. „Vorwärts" und „Rote Fahne" blieben daran seit, denn die Schülzen müssen in die gewerkschaftliche Hürde, koste es, was es wolle.

Durch den Druck des Unternehmertums sieht sich nun auch der „Vorwärts" genötigt, zu bekennen, daß das „Rundschreiben" eine Fälschung ist:

„Ein jahrzehntelang in der Gewerkschaftsbewegung Arbeitender Angestellter eines anderen Verbandes hat dieses Rundschreiben dem Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes in einer Form mitgeteilt, die an der Echtheit um so weniger einen Zweifel aufkommen ließ, als der Uebermittler bisher als durchaus zuverlässig galt . . . So unangenehm diese Feststellung auch ist, ist sie immerhin besser als ein wirkliches derartiges Rundschreiben." („Vorwärts," Morgenausgabe, vom Sonnabend, den 24. Februar.)

Das gute Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Kapital kann nicht mehr gestört werden, sie sind auseinander angewiesen.

Schwarz-Gelb

Die „vier Bergarbeiterverbände", der freigelbe, H.-D., Polen und Christen haben folgenden Aufruf erlassen:

„Die Ereignisse der letzten Tage, vor allem die Mißhandlung und Verhaftung von Funktionären der Arbeitnehmerorganisationen, besonders der Bergarbeiterverbände, zeigen mit Deutlichkeit, daß die Besatzung verfügt, die Arbeiterschaft zu provozieren. Ihre bisherige ruhige, aber entschlossene Abwehrtaktik wird den Eindringlingen unbequem. Sie versuchen, durch einen allgemeinen Aufstand der Arbeiter und durch blutige Zusammenstöße mit ihnen ihr Ziel zu erreichen, was ihnen bis jetzt nicht möglich gewesen ist. An die Bergarbeiterschaft richten wir deshalb die dringende Mahnung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Nur dadurch wird es gelingen, den Abwehrkampf gegen die Fremdherrschaft siegreich zu beenden.

Dem französisch-belgischen Imperialismus und Militarismus wäre nichts erwünschter als ein allgemeiner Aufstand der Ruhrbevölkerung. Die Kommunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach dem Generalstreik rufen, unterstützen bewußt oder unbewußt die Pläne Poincarés.

Kameraden! Tretet diesen Generalstreikpropagandisten entgegen! Wahrer Ruhe und Besonnenheit! Folgt den Weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen!"

Dazu bemerkt der „Bergwerks" (Nr. 90), daß auch im Saargebiet die Generalstreikidee grassiert. Freudestrahlend fügt er aber hinzu, daß die Kapitulantenfende „dort keinen Einfluß haben, zumal fast die Hälfte der Saarbergarbeiter dem christlichen Verbande angehört". — Gott sei Dank! Freue dich demokratische Republik der Sittnes und Thyssen, die Hälfte der Bergarbeiter sind noch im Reich der katholischen Kirche! Freut euch aber nicht zu sehr, auch die Bundesgenossen der Sozialdemokratie, die Zentrumspfaffen, kommen mit ihrem Latein zu Ende. Beide stehen im Solde des Kapitals, beide werden über den Haufen gerannt werden. Der Hunger wird weder Halt machen vor den Kanzeln der Pfaffen, noch vor den Ministersesseln der Gewerkschaften. — Es kommt der Tag!

Die Stützen der Konterrevolution

Ende 1921 befanden sich in Deutschland 11 488 Tarifverträge für 597 476 Betriebe und 12,6 Millionen Beschäftigte, es waren 265 000 Betriebe und 3,5 Millionen Beschäftigte mehr tariflich erfaßt als Ende 1920. Für Ungelernte bestanden 1921 1481 Tarifverträge für 115 187 Betriebe und 1,8 Millionen Personen, gegen 1272 Tarifverträge, 70 958 Betriebe und 931 557 Personen Ende 1920. 95,1 Prozent aller Tarifverträge für 95,3 Prozent der erfaßten Betriebe und 95,7 Prozent der darin Beschäftigten kamen durch friedliche Vereinbarung zustande, nur 3,9 Prozent nach Streik oder Aussperrung. Allgemeinverbindliche Tarifverträge bestanden in Deutschland Ende 1922 1738, davon 79 Reichstarifverträge, 1073 Bezirkstarife und 586 Ortstarife. — Die Anzahl der Tarife war um Ende des Jahres 1922 größer als am Anfang. Wo Lohn ausgerechnet ist, vergeht noch ein Jahr. Schneller wie in 15 Monaten geht es nicht. Der gewerkschaftliche Amtsschimmel ist auch altersschwach und tendenziös. Nur sonst steht fest: Je mehr das Proletariat sich heute der Gewerkschaften an das Kapital kettet, desto mehr büßt es an Reallohn ein, desto besser festigt sich politisch das Kapital durch Knebelungsgesetze, faszistische Organisationen, Sinkterns, Gewerkschaften und Sozialdemokratie. — Das ist auch der einzige Zweck der Tarifverträge.

„Kampf oder Lohnabbau"

Die Streikparolen des DBVV. haben Erfolg gehabt und Schule gemacht. Der DBVV. füllte seine Kassen, indem er mit einem Streik winkte. Die Mitglieder zahlten ihre Beiträge nach, um die Streikunterstützung zu retten. Das Geschäft muß sich lohnen. In Berlin hat die Afa die Verkaufsleute für alle Monate im Jahre 1923 kassieren lassen mit schreienden Plakaten, größer wie die Kinos. Heute werden die Angestellten der Metallindustrie mit dem Kampf gruselig gemacht. Die Angestellten sind nach faulenz Beitragszahler. Das Manöver wird wohl seinen Zweck nicht verfehlen, also nur die bankrotte Afa die Hundertmaulende bei der hat? Hinter den Kulissen scheinen sich die Gewerkschaftsführer mit den Metallindustriellen einig zu sein darüber, daß von Zeit zu Zeit mit dem Streik gedroht wird, damit die Flucht aus den Gewerkschaften nicht zu stark entsteht. Die Frage über die Bezahlung der Plakatierung scheint jedenfalls gelöst zu sein.

KPD.-Betriebspolizisten

Die „Aga", Lichtenberg, hat einen Betriebsrat aus KPD.-Leuten, der führt ein sündenstarkes Pinkertons aufwiegt. An der Spitze steht der Herr Börner, der der Arbeiterschaft sicherlich bei dem sog. Reichsbetriebsrätekongreß, beim Kapital aber desto mehr in Ansehen und Ehren.

Vor 8 Tagen wurden plötzlich von der Firma drei Mann entlassen. Begründet, weil sie auf einem Akkordzettel 1 Pfennig zuviel für die Stundenzahl geändert hätten. Die Belegschaft fand sich spontan in einer Betriebsversammlung zusammen. Da erschien der Betriebsrat Börner und sprach folgendes:

Kollegen, die Direktion macht mich eben darauf aufmerksam, daß eine Betriebsversammlung stattfindet, ich erklärte der Direktion, daß ich davon nichts wisse und keine einberufen hätte. Daraufhin sagte die Direktion, die Betriebsversammlung ist nicht angemeldet und wir machen sie darauf aufmerksam, daß während der Arbeitszeit keine Betriebsversammlung stattfinden darf. Wir müssen sie entlassen, wenn sie nicht dafür sorgen, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.

Kollegen, ich muß als Betriebsrat diese Versammlung verbieten und fordere euch auf, an eure Arbeit zu gehen.

Die Belegschaft folgte diesem Rufe aber nicht und der Betriebsrat holte dann einen Paragraphen des Betriebsrätegesetzes hervor, wonach eine Betriebsversammlung stattfindet, wenn zwei Drittel der Belegschaft diese fordere, sich darüber abstimmen und zog nun mit dieser Vollmacht ausgerüstet zur Direktion, um die Betriebsversammlung anzumelden".

Die Betriebsversammlung nahm inzwischen von den entlassenen Kollegen die Gründe ihrer Entlassung entgegen. Nachdem forderten einige Kollegen die Belegschaft auf, sich diese Provokateure des Unternehmers nicht gefallen zu lassen, denn sie sich dieses gefallen lasse und schließlich noch auf gesetzlichen Wege, diese Angelegenheit geregelt wissen wolle, würden die Frechheiten des Unternehmers immer größer. Nur, wenn die Belegschaft selbst aktiv auftrete und der Direktion auf den Leib rücke, können die entlassenen Kollegen aufgehalten werden.

Die Belegschaft handelte dann auch danach und zog vor die Direktionszimmer. Was nun folgt, steht nicht im Programm der Direktion. Die Türen waren geschlossen. Man forderte Einlaß. Man fragte, wo ist denn der Betriebsrat? Eingeschlossen mit der Direktion!! Und so war es auch. Trotz mehrfacher Aufforderung, daß der Betriebsrat mehr mit der Direktion zu suchen habe, blieb dieser mit der Direktion hinter verschlossenen Türen versichert. Erst nach einer Viertelstunde kam — nicht der Betriebsrat, sondern der Oberchef der „Aga" heraus. Die Belegschaft forderte sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen. Der Unternehmer erklärte, es sei alles geregelt, die Kollegen würden beurlaubt mit vollem Lohn bis der Schlichtungsausschuß entschieden habe. Die Belegschaft ging darauf nicht ein und wurde drohender. Und drinnen war der Betriebsrat eingeschlossen. Der Direktor verschwand auch wieder und dann kam kurz darauf der „gesetzliche Betriebsrat" heraus mit einem „Protokoll", was nämlich die Hauptsache ist bei Arbeitsgemeinschaften. — Die Kollegen sagten ihm einige Wahrheiten, und der Betriebsrat hatte das „Gesetz gewahrt", denn sein „Protokoll" enthielt das Verhandlungsergebnis, daß die Entlassung zurückgenommen ist und die Firma den Schlichtungsausschuß anruft. — Trotzdessen wurden den Kollegen per Post die Papiere zugesandt und ihnen mitgeteilt, daß sie entlassen seien!

Arbeiter, ihr möchtet jetzt zum dritten Mal eure „gesetzlichen Betriebsräte". Ihr habt hunderfach erfahren, was diese bedeuten. Sie sind Beamte des Unternehmers. Genau wie im Parlamente hat ihr sie vor der SPD. bis KPD. durchsiebt, es wird höchste Zeit, daß ihr erkennt, daß alle diese nur eine im Auge haben: Positionen im kapitalistischen Staat zu erobern, um mit Hilfe eurer Unselbständigkeit und damit auch konsequent dafür zu sorgen, daß im Interesse der kapitalistischen Profitwirtschaft niederzuhalten.

Aus der Union

Anträge zur Reichskonferenz

Provisorische Tagesordnung: 1. Politische Lage. — 2. Tätigkeitsbericht des RAU.: a) Organisationsbericht des RAU.; b) Bericht des Kollegiums; c) Solidarität. — 3. Berichte aus den Bezirken (Anträge). — 4. RAUM. — 5. Jugendbewegung. — 6. Verschiedenes.

Anträge: (Siehe auch „Kampfruf" Nr. 8) Die Bezirksleitung Rheinland-Westfalen macht den in Nr. 8 veröffentlichten Antrag Bernarth zu dem ihrigen. — Ferner: Der wöchentliche Beitrag der RAUM. ist auf 75 Mark festzusetzen.

Dellingen: Die Reichskonferenz möge beschließen, daß künftig alle Umlagen für Streiks und Aussperrungen, nicht wie bisher über den RAU., sondern an die betroffene Ortsgruppe gesandt werden, im Interesse einer schnelleren und billigeren Abwicklung. Der RAU. hat in solchem Fall sofort den Ortsgruppen eine bestimmte Adresse der betroffenen Ortsgruppen zu übermitteln. Die betroffene Ortsgruppe hiergegen hat laufend Quittung in den Blättern der RAU. zu geben.

Die KAPD. beantragt bei der Allgemeinen Arbeiter-Union Befreiung ihrer Mitglieder von den Beitragspflichten auszusprechen der KPD. — An Stelle der bisherigen Beitragsmarken, die an der RAU. abgerechnet wurden, werden Marken herausgegeben, die den Reichsarbeitsausschuß der KAU. abgerechnet werden.

Der RAU der KAPD.

Halle: Die Reichskonferenz wolle beschließen, daß die Umlage für eventuelle Streiks sofort an die Bezirksleitungen selbst abgeführt werden sollen und nicht erst nach einem Umwege über Berlin.

Mitteilungen

Folgende Gelder sind eingegangen an Pflichtbeiträgen: Leipzig-Lindenau 150 Mk.

Für Solidarität Ludwigshafen: Groß-Berlin (20. Februar) 300 000 Mk.

Für Material und Broschüren: Rheinland-Westfalen 700 Mark, Chemnitz 2500 Mk.

Reichsarbeitsausschuß.

Solidaritäts-Kassenabschluß vom 29. Januar bis 22. Februar.

Einnahme: Bom Reich 364 000 Mk., von Ahrensleben 15 000 Mark, Frankfurt a. M. 14 750 Mk., Hamburg 7800 Mk., Mannheim 4660 Mk., Oppau 1300 Mk., Mainz 4960 Mk., Ludwigshafen-Mundenheim 118 000 Mk., einzelne Genossen 1000 Mk., Bonn 2000 Mk., Frankfurt 30 000 Mk., Kassenbestand am 28. Januar 72 632 Mk. Sa.: 639 272 Mk.

Ausgabe für Solidarität: Ludwigshafen-Mundenheim 541 000 Mark, Hornbach 30 000 Mk., Gaggenau 19 000 Mk., Heidelberg 43 000 Mk., Schifferstadt 6000 Mk. Sa.: 639 272 Mk.

Versammlungskalender der Ortsgruppe Ludwigshafen für März, April und Mai. Lokal: Oettinger, Hartmannstr.

März: 7. und 14., abends 7 Uhr, Sonntag, den 25., früh 9 Uhr.

April: Sonntag, den 8., früh 9 Uhr, Generalversammlung, 18., abends 7 Uhr, 29., früh 9 Uhr.

Mai: 9. und 16. abends 7 Uhr, Sonntag, den 3. Juni, früh 9 Uhr.

Abrechnung der DRUM. Mitteldeutschland

(Vom 1. Januar bis 25. Februar 1923)

Uebertrag vom Dezember 1922 3962 Mk.

DRUM. Halle a. S.: 1225 Mk., 525 Mk., 900 Mk., 525 Mk., 1200 Mk., 1600 Mk., 2000 Mk.; Umlage Halle: 6500 Mk., 3000 Mk., 2000 Mk.; KPD. Halle: 500 Mk., 225 Mk., 4500 Mk., 225 Mk., 1600 Mk., 225 Mk., 3750 Mk., 900 Mk.; Streikkassenkassenstellung 4100 Mk. Zusammen: 27 750 Mk.

DRUM. Chemnitz: 300 Mk., 300 Mk., 200 Mk., 200 Mk., 650 Mk., 450 Mk., 600 Mk., 450 Mk. Zusammen: 3150 Mk.

DRUM. Radebeul: 900 Mk., 1500 Mk., 1500 Mk. Zusammen: 3960 Mk.

DRUM. Goldlauter: Auf Sammelliste 4485 Mk. 1500, 4486 Mk. 575. Zusammen: 2075 Mk.

Gesamtsumme einschließlich Bestand: 40 847 Mk. — Ausgaben für Pflichtbeiträge 31 950 Mk. — Verbleibt Kassenbestand 8897 Mk.

Genossen! Wie ihr aus diesem Bericht erlebt, haben alle Ortsgruppen Halle, Chemnitz, Dresden-Radebeul und Goldlauter ihre Pflicht gegenüber den inhaftierten Genossen erfüllt, alle anderen Ortsgruppen haben ihre Solidaritätsbeiträge für DRUM. vermeigert. Nietleben, Steudnitz, Zwickau, Hohenstein-Ernstthal, Zittau, sind diejenigen Ortsgruppen, die ihre Verpflichtungen den inhaftierten Genossen gegenüber nicht erfüllt haben. Genossen! Immer wieder müssen wir betonen, 16 Inhaftierte haben wir hier in Halle zu unterstützen. Oder sollen wir unsere Genossen ins Zuchthaus hineinhungern lassen? Das wollen und können wir aber nicht zugeben. Die Ortsgruppe Halle hat beschlossen, einen Solidaritätsbeitrag von 500 Mk. pro Woche und Mitglied und wieder eine Umlage von 500 Mk. pro Mitglied. Wir fordern nochmals alle Ortsgruppen, ihre Beiträge für Unbeschädigte, pünktlich jede Woche zu senden. Alle Geldsendungen und sonstiges Material für die Gefangenen gehen künftig an Karl Kamm, Halle a. S., Eichendorffstr. 33.

Alle Ortsgruppen des Bezirks Mitteldeutschland werden hiermit zu der am 4. März in Halle a. S., Volksparkrestaurant stattfindenden Bezirkskonferenz eingeladen.

Vorläufige Tagesordnung: 1. Politische Lage. — 2. Organisationsbericht. — 3. DRUM. — 4. Jugendfrage. — 5. Verschiedenes.

Dellingen

Laut Beschluß der Mitgliederversammlung wird für Februar ein Wochenbeitrag von 250 Mark geklebt. Die Unterkassierer werden darauf hingewiesen, schnellstens abzurechnen. Wer dreimal hintereinander die Mitgliederversammlungen versäumt gilt als ausgeschlossen. Mitgliedbücher sind in Zukunft immer zu den Versammlungen mitzubringen, da eine Ehrenpaplung stattfindet. — Am Mitgliederversammlung Sonnabend, den 3. März, abends 7.30 Uhr, im Lokal Aug. Hielscher. — Wegen Demunzierung eines Genossen gegen den Unternehmer, der beharlichen arbeitslos und grober Solidaritätsverweigerung wurde die BO. Kalkwerk, schließlich einzelner Genossen, ausgeschlossen. — Nächste Funktionärsitzung Donnerstag, den 1. März, abends 7.30 Uhr, beim Genossen Reunecke.

Der Ortsausschuß.

Groß-Berlin: Donnerstag, den 8. März 1923

Mitgliederversammlung

in allen Arbeitsbezirken

Verantwortl. Redakteur: W. Gronzow, Charlottenburg. Verlag der Allg. Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber Gustav Schubert, Charlottenburg. Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstraße 160

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 4. Nr. 10. 1923 Erscheint wöchentlich Preis 200,— Mark

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Zur sechsten Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union

I.

Die Reichskonferenz der AAU. tritt in einem Moment bedeutsamer kapitalistischer Erschütterungen zusammen, um einerseits kritisch zu den hinter uns liegenden Kämpfen Stellung zu nehmen und die Erfahrungen dieser Periode auszuwerten, anderseits jedoch auch, um gestützt auf diese neuen Erfahrungen die weitere Wegstrecke zu sondieren, die es zu marschieren gilt. Das Salz unseres Programms, das das Problem der proletarischen Revolution, das Problem der Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats ist, ist auch, wenn es vielleicht auch oft recht gedankenlos ausgesprochen wird, trotzdem kein Schlagwort. Wenn das Klassen- und Selbstbewußtsein des Proletariats rein mechanisch mit der Verschärfung und Vertiefung der Kapitalskrise steigen würde, dann bedürfte es sicherlich nicht jener riesigen Anstrengungen des klassenbewußten Proletariats, um durch Einsetzung aller Kräfte der Gesamtarbeiterklasse ihre wahre Lage zum Bewußtsein zu bringen und so den Willen zur Tat auszulösen. Das Problem steht heute im Vordergrund; der Kapitalismus zeigt bereits jeden Tag neue eigene Unfähigkeit, seinen Zerstörungstendenzen, zu denen er durch die ihm innewohnenden Gegensätze getrieben wird, Einhalt zu gebieten. Gewiß sind die AAU. und die KAPD. auch nur der Ausdruck des Gesamtproletariats in organisatorischer und ideeller Beziehung. Man kann, solange die revolutionären Energien des Proletariats schwach entwickelt sind, keine revolutionären Massenorganisationen schaffen; dies könnte nicht anders als auf Kosten des Prinzips, auf Kosten der Revolution selbst geschehen. Aber eine revolutionäre Organisation muß alles vermeiden, die in ihr vorhandenen revolutionären Kräfte richtig einzusetzen und zu verwerten, um sie nicht nutzlos verpuffen zu lassen, sondern muß mit aller Kraft und unter rationeller Verwertung der vorhandenen Stoßkraft dort ansetzen, wo es notwendig ist, wo die kapitalistische Einheit bereits sichtbare Risse aufweist. Der Angriff der Union ist notwendigerweise Zermürbung der dem Ziel entgegenstehenden Hindernisse. Dabei darf keinen Moment vergessen werden, daß mit der durch die Schläge der Union abspringenden Teile der vorerwähnten noch einzig zuverlässigen Stütze des Kapitals — der Gewerkschaften — die Einreihung der um Erkenntnis ringenden Masse des Proletariats verbunden ist. Aus diesem Grunde muß die Union auf sicherem Boden kämpfen. Ihre Propaganda muß, daß sie nicht der Organisation wegen für dieselbe wirbt, sondern um der Revolution willen, eine klare organisatorische Grundlage besitzen. Wirklich revolutionäre Propaganda muß getragen sein von dem Willen zur Tat, und die einzig revolutionäre Tat ist heute, in dem Moment, wo das Proletariat wirklich den Kampf aufnimmt, der direkte Angriff auf die kapitalistische Zwingburg und damit die Lösung aller sofort auftauchenden Probleme der Revolution. Aber damit verbundene Kampf in diesel und untereinander nicht erfordert jedoch eine unbedingt tragfähige, allen konterrevolutionären Stürmen trotzende organisatorische Einheit und Verbundenheit. Eine revolutionäre Organisation, die den Befreiungskampf des Proletariats wirklich auf ihre Fahne geschrieben hat, muß ein kämpfendes, unzerstörbares Gebilde sein und darf um den Preis der eigenen Todesgefahr keine Konzessionen an Gleichgültigkeit, Interessenlosigkeit und bürgerlich-demokratische Ideologien machen. Sie läuft sonst Gefahr, die Wahrheit, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats sein kann, zu verleugnen und mit in den eigenen Reihen die Illusion, daß die Revolution lediglich eine Organisationsfrage und deren guter Lösung wäre. Diese Tendenz führt zum Ziele ab und muß zur Folge haben, daß im Moment der Kraftprobe nur ein kleiner Teil den aufdämmernden Schwierigkeiten gewachsen und sein Heil von den „Führern" erwartet oder — da die Revolution keine Passivität zuläßt — diese Passivität sich das zunutze zu machen, was sie in Wirklichkeit ist: ein konterrevolutionärer Hemmschuh, der die Aktionsfähigkeit der Gesamtorganisation zur Folge haben muß. Die Reichskonferenz darf sich den Gefahren nicht verschließen, die sowohl der Union, als auch dem Proletariat dadurch erwachsen können. Auseinandersetzung mit den „Einzelmenschen" hat deutlich bewiesen, daß überall da, wo eine aktive Mitgliedschaft vorhanden war, die blöden Utopisterei ein höchsten Falle Kopfschütteln hervorriefen, daß jedoch in anderen Bezirken, wo Grundsätze nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten, rein persönlicher Klatsch und Verleumdungen gedeihen, um Verwirrung anzurichten. Allein die Erkenntnis der Aufgaben und die Rolle der Organisation in der Revolution in jedem einzelnen Stadium dürfte dürfte uns dafür, daß zu deren Lösung beitragen.

II.

Der Kapitalismus ist sich trotz aller reformistischen Bundesmarmelei selbst treu geblieben. Die im Westen zur Reife gelangte Eiterbeule hat bereits eine sehr starke Entzündung des gesamten kapitalistischen Körpers hervorgerufen und der Radius dieser Entzündung wird fortlaufend und dauernd verbreitert durch die Folgen der Krankheit selbst. Das französische Kapital ist gezwungen, um dem eigenen Bankerott zu entgehen, die bisherige Grundlage des kapitalistischen Wiederaufbaues, den „Friedensvertrag", zu durchbrechen, um seinen Gläubiger entweder zum Zahlen zu bringen, oder demselben die Kohlengebiete zu entreißen. Der kapitalistische Krieg hat jedoch seine eigene Logik. Die Zwangsmaßnahmen, die das französische Kapital anwendet (Abschnürung der eisenverarbeitenden Industrie von der eisenerzeugenden und der Kohle), stellt es zu gleicher Zeit vor die Aufgabe, die besetzten Gebiete durch den Abtransport auch der bisher nach dem Reßgebiet bestimmten Kohle und Roheisenerzeugnisse einem anderen Bestimmungsort zuzuführen. Dieser Versuch scheiterte bis jetzt. Sowohl die Sozialtage der deutschen Bourgeoisie verfügt der französische Kapitalismus und Militarismus in der Bewältigung des Verkehrswesens und des Rußbaues über wirtschaftlichen Apparates überhaupt. Die notwendige Folge ist eine weitere Verschärfung der Krise, die wiederum zwingt zu freiverschärfenden Methoden fortzusetzen. Die Folge des Widerstandes des deutschen Kapitals und der unmittelbar Betroffenen des Ruhrbeckens ist für das französische Kapital bereits eine Krise in der Industrie. Die Zahl der stillgelegten Hochöfen wächst. Die Metallindustrie schreitet zu Betriebseinschränkungen und Entlassungen. Das Ruhrbecken selbst muß infolge der unmöglichen, die geförderte Kohle und Eisenerzeugnisse abzutransportieren, zum Erliegen kommen. Dadurch wird wiederum die von dieser Kohlenstoffquelle abhängige verarbeitende Industrie in die Krise hineingerissen, die ihre Schatten bereits auch nach dem Auslande wirft. Das deutsche Kapital „frißt" die Mark durch eine nie dagewesene Spekulation. Die dadurch automatisch hervorgerufene Entwertung der Mark treibt die Proletarier während der „Stützungsaktion" in helle Verzweiflung. Das Kapital, das die Substanz auf keinen Fall angreifen will, sondern die Kosten des Krieges auf das Proletariat abwälzt, verweigert jede auch scheinbare Lohnerhöhung. Das Proletariat wird durch den Burgfrieden vollends erdrückt, wenn es weiter in nationalistischem Rausch verharrt. Im Hintergrunde zeigt das englisch-amerikanische Schuldenabkommen schon die neue Front gegen den unter dem Zwang der Verhältnisse entstehenden europäischen Montanbund. Die durch das Auseinandermachsen der europäischen Kapitalsgruppen bedingte Auseinanderreißung mit ihren friseverschärfenden Auswirkungen muß sich, wenn das Proletariat den dornichten Weg nicht vordem zu durchschlagen vermag, auf erhöhter Stufenleiter mit noch katastrophaleren Folgen wiederholen. Der kapitalistische Wiederaufbau bedingt ein immer riesiger entwerfendes Heer derjenigen, die ihrer letzten Kaufkraft beraubt, als Konsumenten nicht mehr in Frage kommen und in die Barbarei hinabgestoßen werden. Der Kapitalismus häufte Katastrophe auf Katastrophe und untergräbt dadurch seine eigene Grundlage. Der Versuch, die Gegensätze zu überbrücken, scheiterte an den Profitnotwendigkeiten und muß die Gegensätze immer mehr auf die Spitze treiben. Das Proletariat muß bei Strafe seines eigenen Unterganges durch den Sturz des Kapitals die Bahn frei machen für den kommunistischen Aufbau.

III.

Die scheinbare Konsolidierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, deren äußeren Merkmale in Deutschland in der Hauptsache die durch die fortschreitende Entwertung der Mark und der damit verbundenen Senkung des Reallohnes mögliche Schieuderkonkurrenz war, hatte eine enorme Stärkung des Reformismus zur Folge. So richtig es ist, daß das Bekenntnis der KPD. als Regierungspartei ein russischer Befehl ist, der den russischen kapitalistischen Aufbaunotwendigkeiten entspricht, so richtig ist es auf der anderen Seite, daß das deutsche Proletariat in sehr erheblichem Maße, in der Hauptsache die Proletarier in der KPD., diesem Neusozialdemokratismus keinen grundsätzlichen Widerstand entgegensetzen. Die Revolution lief auf ihren äußersten Ausgangspunkt zurück. Zunächst dem Gesamtproletariat und dessen Illusionen und dem Programm der Union und KPD. entstand ein großer Zwischenraum. Isolierte Arbeitskämpfe, die getragen waren von verderbenbringenden Illusionen und von den Gewerkschaften ausschließlich zu dem Zweck der Zermürbung des Proletariats geführt wurden, ließen nur geringe Möglichkeiten einer revolutionären Auswertung. Der Betriebsrätezschwindel der KPD. ist lediglich ein Versuch, die Arbeitermassen noch mehr mit Illusionen vollzupfropfen, um sie um so besser an die Gewerkschaften zu fesseln, und sie mit Hilfe der Gewerkschaften an die russische Staatspolitik anzuknüpfen. Die fortschreitende Vertiefung der kapitalistischen Krise wird jedoch auch die letzten Schleier von den Augen der Proletarier reißen und wird im Proletariat sich ideologisch auswirken. Dieses immer mehr sich durchringende Bewußtsein wird trotz allem Oppositionstheater, trotz allem revolutionär sein sollendem Getue, was in Wirklichkeit nur ein ins Extrem betrachteter sozialdemokrat